

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Transparente Darstellung der Kosten im Zusammenhang mit Gewerbeflächenentwicklungen

Die Gewerbeflächenentwicklung stellt einen zentralen Baustein der Wirtschaftspolitik der Stadt Bremen dar. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik muss neben Aspekten der Stadtentwicklung, der Attraktivität des Standorts und der Nachhaltigkeit dem Gebot der Wirtschaftlichkeit folgen. Dementsprechend ist in der Bremischen Landeshaushaltsordnung vorgeschrieben, für jede finanzwirksame Maßnahme eine angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchzuführen.

Angesichts der angespannten Haushaltslage muss die Gewerbeflächenpolitik einer erneuten sorgfältigen Bewertung unterzogen werden. Voraussetzung hierfür sind die wesentlichen Daten der bereits durchgeführten Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und der begleitenden und abschließenden Erfolgskontrollen.

Damit werden Planungen, getroffene Entscheidungen und letztlich Schwerpunktsetzungen der Gewerbeflächenentwicklung auf eine solide Grundlage gestellt.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die wichtigsten Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen einschließlich der Erfolgskontrollen (begleitende und abschließende) für die unten aufgeführten Projekte vorzulegen.

Dabei soll überblickartig auch angeführt werden, welche Kosten in die jeweiligen Berechnungen Eingang gefunden haben (komplette öffentliche Kosten: z. B. Kosten für Flächenankäufe, Erschließungsmaßnahmen, Altlastensanierung, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, Folgekosten, Marketing usw.).

Bei der Gesamtdarstellung der nicht monetären Effekte ist die Darstellung der Arbeitsplätze nach Voll- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie geringfügig Beschäftigten zu differenzieren.

Diese Angaben sollen sich auf folgende Gewerbeflächen, die im Integrierten Flächenprogramm 2010 (IFP) als Schwerpunktprojekte aufgeführt werden, beziehen:

1. Technologiepark Universität,
2. Technologiestadtteil (Hollerland),
3. Airport-Stadt,
4. Bremer Industriepark,
5. Güterverkehrszentrum,
6. Überseestadt,
7. Gewerbepark Hansalinie,
8. Büropark Oberneuland,
9. Bürostandort Innenstadt,

10. Science Park,

11. Nord-West-Zentrum,

sowie auf die unter „sonstige Projekte“ aufgeführten Maßnahmen:

1. Bahnhof Bremen-Neustadt,

2. Bayernstraße,

3. Steindamm-Erweiterung,

4. Rekum/Hospitalstraße,

5. Bei den drei Pfählen (TÜV-Gelände),

6. Bei den Oken (MVA),

7. Osterholz (Nusshorn),

8. Bremer Vulkan, 1. BA,

9. Bremer Vulkan, 2. BA,

10. Huckelriede (Cambrai-Kaserne).

Klaus Möhle, Karin Krusche,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen